

Deutsch-deutscher Dienst in Namibia

Wie es zur einzigen Teilnahme beider deutscher Staaten an einer UN-Mission kam

Daniel Lange

Die erste und einzige Teilnahme der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) an einer Mission der Vereinten Nationen erfolgte in den Jahren 1989/1990 in der UN-Mission in Namibia (UNTAG). Die DDR beteiligte sich mit 30 Polizeibeobachtern, die Bundesrepublik Deutschland mit 50 Beamten des Bundesgrenzschutzes. An einem Stützpunkt im Norden Namibias leisteten beide deutschen Kontingente noch vor dem Fall der Berliner Mauer in einer Einheit zusammen ihren Dienst. Der vorliegende Beitrag schildert Beweggründe und Ziele beider deutscher Staaten für ihren Einsatz in Namibia kurz vor der deutschen Wiedervereinigung 1989/1990.

Gemeinsame UN-Patrouille vor dem Mauerfall

Im Herbst 1989 richteten sich die Blicke der Weltöffentlichkeit auf das immer noch geteilte Deutschland. Dramatische Szenen von aus der DDR in die Prager Botschaft der Bundesrepublik Deutschland flüchtenden Deutschen und Massendemonstrationen gegen die SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) in der gesamten DDR zogen internationale Beobachter in ihren Bann. Doch nicht nur zwischen Dresden und Leipzig stand das Geschehen auf Messers Schneide. Weit entfernt im südwestafrikanischen Namibia fanden sich zwischen Windhuk, Swakopmund oder Lüderitzbucht über 1000 Journalisten aus aller Welt ein. Sie erlebten, wie die Unterstützungseinheit der Vereinten Nationen für die Übergangszeit (United Nations Transition Assistance Group – UNTAG) bereits ab April 1989 die 70 Jahre andauernde Besetzung Namibias durch Südafrika friedlich beenden und das Land zu demokratischen Wahlen, einer verfassungsgebenden Nationalversammlung und in die souveräne Unabhängigkeit begleiten sollte. Und sie erfuhren, wie im Norden Namibias ab Oktober 1989, noch vor dem Fall der Berliner Mauer, polizeiliche Vertreter aus beiden deutschen Staaten zusammen Teil dieser Blauhelm-Mission waren.

Erstmals verfügte eine UN-Mission neben ihren regulären militärischen Kräften über ein gleichwertiges ziviles Kontingent, zu dem eine eigene UN-Polizei (Civilian Police – CIVPOL) gehörte. Während in Berlin die Mauer fiel, erreichte die UNTAG zur Zeit der Wahlen in Namibia vom 7. bis 11. November 1989 mit knapp 8000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus 109 Staaten ihren personellen Höchststand. Darunter befanden sich 1494 Polizeibeobachter,

4493 Militärkräfte sowie 2000 Zivilisten.¹ Beide deutsche Staaten entsandten dafür Polizeibeobachter, die politisch unbefangen und unbewaffnet die Durchführung des Wahlprozesses begleiten, vor allem aber das Vorgehen der bis zur Unabhängigkeit im Land verbleibenden polizeilichen und paramilitärischen Einheiten Südafrikas überwachen sollten. Wie war diese deutsch-deutsche Kooperation im südlichen Afrika noch im Herbst 1989 zustande gekommen?²

Diskurse in Bonn

Auf westdeutscher Seite war die Ausgangslage verzwickelt. Namibia war für die Bundesrepublik aufgrund der deutschen Kolonialherrschaft ein heißes Eisen. Die Gräueltaten des Herero-Krieges (1904–1908) wogen schwer und sind bis heute immer wieder Gegenstand von Diskussionen im deutsch-namibischen Verhältnis. Erst im März 1989 hatte sich der Bundestag deshalb zur besonderen Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber Namibia und (an die deutschstämmigen Teile der Bevölkerung denkend) allen seinen Bürgerinnen und Bürgern ausgesprochen. Nun, im Herbst 1989, stand der Südwesten Afrikas im Bundestag erneut auf der Tagesordnung. Lange Jahre hatten sich diplomatische Vertreter der Bundesrepublik (Hans-Dietrich Genscher, Hans-Joachim Vergau) zusammen mit Kanada, Großbritannien, Frankreich und den USA in zähen Verhandlungen mit Südafrika intensiv für die Umsetzung der Resolution 435 des UN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 eingesetzt, die den Einsatz der UNTAG in Namibia festlegte.³ Doch die Bundesrepublik war Ende der achtziger Jahre größter Handelspartner Südafrikas und hatte ein distanzierendes Verhältnis zur Namibia repräsentierenden, sich aber kommunistisch gebenden Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO). Weite Teile der Bon-



Daniel Lange, M.A., geb. 1980, war für seine Abschlussarbeit über den namibischen Unabhängigkeitsprozess mehrere Monate in Namibia. Derzeit promoviert er an der Universität Potsdam zu den sportpolitischen Beziehungen der DDR nach Afrika.

¹ The Blue Helmets: A Review of United Nations Peacekeeping Forces, 3. Ed., United Nations, New York 1996, S. 210. Die 4493 UNTAG-Soldaten wurden durch drei Bataillone aus Finnland, Malaysia und Kenia gestellt. Jugoslawien, Venezuela, Bangladesch und Togo hielten weitere Streitkräfte auf Abruf bereit.

² Ausführlicher zu dem Thema: Daniel Lange, Auf deutsch-deutscher UN-Patrouille: Die polizeiliche Beobachtereinheit der DDR in Namibia (1989/90), Schkeuditz 2011.

³ Der Text der Resolution abgedruckt in: Vereinte Nationen, 4/1979, S. 147f., www.dgvn.de/fileadmin/user_upload/PUBLIKATIONEN/Zeitschrift_VN/VN_1979/300dpi_1979-04__groessenoptimiert_.pdf

Erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg würde ein militärisch anmutender Einsatz deutscher Soldaten im Ausland erfolgen.

ner Parteienlandschaft verstanden die SWAPO als gleichberechtigt in den herbeizuführenden Wahlen, aber keineswegs als einzig legitime politische Kraft ihres Landes.

Innenpolitische Diskurse gaben der UNTAG-Frage für die Bundesrepublik zudem eine andere Richtung. Im April 1989 überschatteten schwere Auseinandersetzungen zwischen südafrikanischen Militärs und SWAPO-Guerillas mit mehreren hundert Todesopfern den Beginn der UNTAG-Mission. Martti Ahtisaari, der UN-Sonderbeauftragte und Leiter der UNTAG, beschloss deshalb die Erhöhung der zivilen Polizeikräfte in der Mission von anfänglich 500 auf schließlich 1494 Personen bis zum Herbst 1989. Dafür wurde auch die Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland in Form von 50 Polizeibeobachtern angefordert. Sollte die Bundeswehr dieses Personal zur Verfügung stellen? Erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg würde dann ein militärisch anmutender Einsatz deutscher Soldaten im Ausland erfolgen – ausgerechnet in einer früheren deutschen Kolonie.⁴ Die damit verbundene Symbolik ließ die politischen Gegensätze im Bundestag heftig aufeinanderprallen. Die folgende verfassungsrechtliche Debatte war von tiefgreifender Bedeutung für das spätere militärische internationale Engagement Deutschlands in den Vereinten Nationen und brachte innerhalb der Regierungskoalition aus CDU und FDP unterschiedliche Positionen zum Vorschein.

Schäuble stimmte dem Einsatz zu und bezeichnete ihn als »rein zivilen Auftrag« und als »Ausdruck der Normalität«.

Seit dem Jahr 1982 galt die Festlegung des Auswärtigen Amtes und des Bundessicherheitsrats, wonach ein militärischer Einsatz der Bundeswehr außerhalb der NATO als verfassungswidrig zu werten sei. Eine Entsendung von Soldaten, wie zeitgleich zur Namibia-Diskussion von den UN für ihre Hilfsmision in Nicaragua angefragt, kam für Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) demnach nicht in Frage. Er forderte eine Verfassungsänderung für derartige Situationen und sprach sich für die Entsendung des dem Bundesministerium des Innern unterstellten Bundesgrenzschutzes (BGS) nach Namibia für die ohne militärische Befugnisse ausgestattete CIVPOL aus. Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) befürchtete jedoch, der BGS würde künftig immer als Ersatz für die Bundeswehr im Ausland herhalten müssen, wofür dieser aber nicht zuständig sei. Für ihn war der Einsatz der Armee in einer UN-Mission durch das Grundgesetz abgesichert. Dies lehnten Bündnis 90/Die Grünen und Vertreter der SPD außenpolitisch und verfassungsrechtlich ab, wobei Bündnis 90/Die Grünen sich grundsätzlich gegen den Dienst des BGS in Namibia aussprachen. Nur weil die Bundesregierung am 30. August 1989 feststellte, der Namibia-Einsatz des BGS würde eine Ausnahme bilden, stimmte Schäuble dem zu und bezeichnete ihn als »rein zivilen Auftrag« und als »Ausdruck der Normalität« auf »freiwilliger Basis der BGS-Beamten«.⁵

Schlagabtausch im Bundestag

In einer hochemotionalen Bundestagsdebatte⁶ kritisierten Bündnis 90/Die Grünen am 15. September 1989 die Bundesregierung scharf. Sie warfen ihr »vorsätzliche Ausschaltung des Parlamentes« vor. Die Entsendung des BGS sei am Bundestag vorbei nur im Regierungskabinett beschlossen worden. Als der Bundestags-Innenausschuss das Thema am Tag zuvor beraten sollte, verabschiedete Schäuble just die BGS-Einheit nach Namibia. Der FDP-Abgeordnete Ulrich Irmer verwies darauf, dass die Entsendung des BGS »nichts, aber auch gar nichts mit der Frage zu tun hat, ob sich etwa in Zukunft Kontingente der Bundeswehr an Einsätzen der UNO-Friedentruppen beteiligen sollen«. Er bezichtigte Bündnis 90/Die Grünen der »ekelerregenden Heuchelei« ob ihrer Kritik an der Situation in Namibia auf der einen und der gleichermaßen von ihnen angeprangerten, nun eingeleiteten Unterstützung der Bundesrepublik für die UNTAG⁷ auf der anderen Seite. Der Grünen-Abgeordnete Manfred Such kritisierte CDU und FDP bezüglich der von ihm befürchteten künftigen militärischen Einsätze der Bundesrepublik. »Wenn Sie von Polizeistreitkräften sprechen, wird daran deutlich, wofür es Ihnen geht: Ihr Kopf steckt schon so voll davon, dass Sie irgendwann endlich einen deutschen Beitrag zum Frieden in der Welt leisten wollen, und das wollen Sie dann mit Militär tun.« CDU-Mitglied Johannes Gerstner rief Such daraufhin zu: »Ihr Kopf steckt voller Bazillen!«

Der fraktionslose Abgeordnete Thomas Wüppesahl kritisierte nachdrücklich die Position der Bundesregierung, dass der Namibia-Einsatz legitim ist, wenn er juristisch vertretbar sei. »Das heißt, man hat eine strittige Situation, und wenn man das irgendwie rechtlich vertreten, also entsprechend hindrehen kann, dann ziehen wir das durch. Was ist das für ein Rechts- und Verfassungsverständnis! Das ist völlig irre.« Joachim Clemens (CDU) nahm die Aufforderung zum verbalen Schlagabtausch dankend an und rief Bündnis 90/Die Grünen zu: »Ich weiß sehr genau, dass Sie etwas gegen Uniformträger haben. Ich kann nur sagen, Sie wollen offensichtlich ein Chaos. Sie sind gegen law and order. Sie wollen den Nachwächterstaat ganz allgemein.« Auch Vertreter der SPD gingen mit der Regierung von CDU und FDP hart ins Gericht. So erhob Günter Verheugen ihr gegenüber den Vorwurf, die Entscheidung über den Namibia-Einsatz in »fahrlässiger und unverantwortlicher Weise« hinausgezögert zu haben, obwohl bereits seit Anfang Juni 1989 darüber diskutiert wurde. Zum Zeitpunkt der Diskussion befand sich das BGS-Kontingent bestehend aus 50 Mann der Grenzschutzkommandos Küste, Nord, Mitte, West und Süd bereits im Flugzeug der Bundesluftwaffe über Togo. Hätte der Bundestag die Reise des BGS missbilligt und dessen Rückkehr verfügt, wären die Fluggäste

auf alle Eventualitäten vorbereitet. Durch den Kapitän der Maschine wurden sie aktuell über den Verlauf der Debatte unterrichtet.

Deutsche Zukunftsängste in Windhuk

Zusätzlich emotionalisiert wurde die Kontroverse durch Namibias deutsche koloniale Vergangenheit. Die namibischen Medien, besonders die deutschsprachige Wochenzeitung ›Namibia Nachrichten‹⁸ und die älteste (seit 1916 bestehende) Tageszeitung Namibias, die ›Allgemeine Zeitung‹ (AZ), beobachteten aufmerksam den westdeutschen Prozess der Entscheidungsfindung. Anspielungen auf die einst in Deutsch-Südwestafrika stationierte kaiserliche Schutztruppe blieben nicht aus. So bezeichnete die AZ den BGS als deutsche »Schutztruppe« und bildete karikaturistisch einen auf einem Nashorn Richtung »Namibia ehem. Deutsch-Südwest Afrika« reitenden Polizisten ab mit dem Untertitel »Wir sind wieder da (...)«.⁹ Zukunftsängste der deutschstämmigen Namibier vor dem möglichen Verlust ihrer oft im Wirtschaftssektor oder Agrarwesen begründeten Existenz unter einer zu erwartenden Regierung der SWAPO kamen so zum Ausdruck. Nicht wenige von ihnen saßen für den Fall von befürchteten Enteignungen ihrer Farmen oder Firmen zumindest gedanklich bereits auf gepackten Koffern Richtung Bundesrepublik. In Windhuk kursierten Aufkleber mit dem Slogan ›Montag, Dienstag, UN-tag‹.

Wie sensibel die Entsendung des BGS nach Namibia wirklich war, sollte sich schneller zeigen, als der Bundesregierung lieb sein konnte. Wolfgang Schäuble hatte den BGS-Kontingenteleiter Detlef Buwitt darum gebeten, dafür zu sorgen, dass »da unten nichts anbrennt«.¹⁰ Bereits die Ankunft in Windhuk hatte es für den BGS am 15. September 1989 jedoch in sich. An der Bar des ›Safari Court Hotels‹ ließen es sich alkoholisierte deutschstämmige Namibier nicht nehmen, die Grenzschützer aus der Bundesrepublik mit deutschem Gruß und dem Deutschlandlied zu empfangen. Schlagartig wurde allen Beteiligten die Sensibilität ihres Einsatzes klar. Nicht nur einmal machten sich die extremistischen Teile der deutschen Gemeinde Namibias bemerkbar. Kurz nach dem Beginn der UNTAG hatten Unbekannte die Hakenkreuzfahne in Swakopmund am weithin sichtbaren Woermann-Turm aufgezogen, in Karibib hissten während der Wahlen im November 1989 Deutschstämmige die Reichskriegsflagge.

Ost-Berliner Interessenlage

Im Gegensatz dazu gestaltete sich der Blick aus Ost-Berlin auf die UNTAG-Frage ohne kontroverse Parlamentsdebatte in der Volkskammer. Als marxistisch-leninistische Kampfpartei verstand sich die SED in ihrer Afrika-Politik als antikolonial und antirassis-

tisch und pflegte im Rahmen ihrer antiimperialistischen Solidarität seit dem Jahr 1977 intensive Parteibeziehungen zur SWAPO. Derart positioniert fiel es ihr leicht, jegliche koloniale deutsche Vergangenheit in die Tradition der Bundesrepublik zu stellen und historisch unbelastet als deutscher Alternativstaat in Afrika aufzutreten. Die Finanzhilfe der DDR für die SWAPO belief sich im Jahr 1987 auf 8,9 Millionen Mark (Mio. M.), 1988 auf 10,4 Mio. M. und 1989 auf 16 Mio. M.¹¹ Nie zuvor erhielt eine politische Bewegung in Afrika DDR-Leistungen in diesem Ausmaß. Das zeigte sich auch im Sommer 1989 parallel zur UNTAG-Mission. Die DDR finanzierte und organisierte für die SWAPO die Ausbildung von Leibwächtern für deren Führungselite, die Produktion von Wahlkampfvideos, die Rückführung namibischer Flüchtlinge in ihre Heimat, die Betreuung von 200 namibischen Kindern in der DDR sowie die Aufnahme weiterer 50 Namibier für Sprachkurse und Praktika in der DDR. Allerdings war die Parteiebene nur ein Bezugspunkt für die DDR zum Unabhängigkeitsprozess Namibias.

Bereits in der intensivsten Zeit der Afrika-Politik der DDR Ende der siebziger Jahre erörterten die Afrika-Stäbe im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) die Beteiligung an der Umsetzung der Resolution 435. Dabei stand die DDR dieser anfangs kritisch gegenüber, weil sie für einen Prozess des Übergangs die südafrikanische Präsenz

Der DDR fiel es leicht, jegliche koloniale deutsche Vergangenheit in die Tradition der Bundesrepublik zu stellen und historisch unbelastet als deutscher Alternativstaat in Afrika aufzutreten.

⁴ Deutsch-Südwestafrika war von 1884 bis 1915 eine Kolonie des Deutschen Kaiserreichs.

⁵ Siehe zur Berichterstattung über die Debatte in: Frankfurter Allgemeine Zeitung: Schäuble: Polizeilicher Auftrag in Namibia, 15.9.1989; Bundesregierung verteidigt BGS-Einsatz, 16.9.1989; sowie in Süddeutscher Zeitung: 50 Grenzschutzbeamte heute nach Namibia, 14.9.1989; Schäuble schließt militärische UNO-Hilfe durch BGS aus, 15.9.1989.

⁶ Siehe für die in diesem Kapitel wiedergegebenen Zitate die Dokumentation der Debatte im Plenarprotokoll 11/159 des Deutschen Bundestages vom 15.9.1989, S. 12067–12081.

⁷ Die Bundesrepublik beteiligte sich mit einer diplomatischen Beobachtermission unter Leitung von Gerd Massmann ab März 1989 am namibischen Unabhängigkeitsprozess. Im November 1989 ergänzten 34 Wahlbeobachter dieses Engagement. Schließlich finanzierte die Bundesrepublik mit 3,8 Mio. DM 167 UN-Fahrzeuge und entsandte über den Deutschen Entwicklungsdienst 42 Mechaniker zur Wartung des UN-Fuhrparks nach Namibia. Der pflichtgemäße Finanzbeitrag der Bundesrepublik als UN-Mitglied an der UNTAG betrug 62,16 Mio. DM.

⁸ Die ›Namibia Nachrichten‹ wurden nach der Unabhängigkeit Namibias eingestellt.

⁹ Allgemeine Zeitung, »Wir sind wieder da ...«, 31.8.1989.

¹⁰ Interview des Autors mit Detlef Buwitt am 1.8.2009.

¹¹ Zahlen aus: Ulf Engel/Hans-Georg Schleicher, Die beiden deutschen Staaten in Afrika: zwischen Konkurrenz und Koexistenz 1949–1990, Hamburg 1998, S. 322.

Die Beteiligung an der UNTAG war die erste Teilnahme der DDR an einer UN-Mission überhaupt.

in Namibia beibehielt und keine sofortige Machtübergabe an die SWAPO beinhaltete. Erst ab dem Jahr 1982 sah man die Resolution 435 als durchzusetzenden Kompromiss an. Da man den Beginn der UNTAG für das Jahr 1979 und damit noch vor der Unabhängigkeit Simbabwe 1980 erwartete, trug Namibia im MfAA für das südliche Afrika den Charakter eines Pilotprojekts, auch wenn andere Länderbeziehungen (zur Sowjetunion oder der Bundesrepublik etwa) einen viel höheren Stellenwert hatten. Die Idee eines Pilotprojekts kam 1989/1990 erneut auf, denn die Beteiligung an der UNTAG war die erste Teilnahme der DDR an einer UN-Mission überhaupt. Für die DDR ging es darum, ihre personelle Präsenz im UN-Sekretariat zu erhöhen und zukünftig auf UN-Anfragen flexibel reagieren zu können. Das UNTAG-Engagement 1989/1990 löste deshalb Planungen des Ministeriums für Nationale Verteidigung zum Aufbau zweier UN-Kompanien aus, die bis zum Jahr 1991 nur für UN-Einsätze einsatzbereit sein sollten. Integriert worden wären diese in ein Luftsturmregiment der Nationalen Volksarmee bei Potsdam.

Dahinter verbarg sich die Überlegung, die Pflichtbeiträge der DDR für solche Missionen als Mitglied der UN teilweise zu refinanzieren. Parallel dazu wollte die DDR von einem unabhängigen Namibia unter Führung der SWAPO wirtschaftlich profitieren. Entsprechende Wirtschaftsanalysen zu Namibia waren der DDR ebenfalls seit Ende der siebziger Jahre bekannt. Im Jahr 1979 hatte das Zentralkomitee der SED nach der Verabschiedung von Resolution 435 ein Konzept zur politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit einem unabhängigen Namibia verabschiedet (für Simbabwe gab es ein solches Konzept nicht). Im Dezember 1988 aktualisierte ein Entscheid des SED-Politbüros diese Pläne. Bereits im September 1988 beschloss das Sekretariat des SED-Zentralkomitees die generelle Beteiligung der DDR an der Umsetzung der Resolution, obwohl erst die internationalen Gespräche in Brazzaville (Republik Kongo) und New York im Dezember 1988 den Beginn der UNTAG für den 1. April 1989 festlegten. So verwundert es nicht, dass die DDR als erster aller Staaten des Warschauer Paktes im Oktober 1989 eine Wirtschaftsdelegation nach Namibia entsandte. Am weitesten gediehen die Planungen auf dem Gebiet der Fischereiwirtschaft, schließlich war die DDR seit 1976 am Fischfang vor Namibia beteiligt. Ein bilateraler Vertragsentwurf lag ab August 1989 unter-schriftsreif vor. Das Ministerium für Außenhandel hatte bereits im Februar 1989 verkündet, dass gegen den Handel mit namibischen Firmen keine Einwände bestünden, sofern daraus »keine Beziehungen zur Republik Südafrika abgeleitet werden können«. ²² Und damit war des Pudels Kern benannt, der das UNTAG-Engagement der DDR beinahe scheitern ließ.

UN-Sonderbeauftragter Martti Ahtisaari wollte beide deutsche Staaten in die UNTAG einbezogen wissen.

Einwände aus Pretoria

Lukrative Wirtschaftsbeziehungen mit Pretoria hatte die DDR im Jahr 1963 abgebrochen, weil die Apartheid-Politik Südafrikas nicht mit dem sozialistischen Selbstverständnis der SED in Einklang zu bringen war. Verbindungen an das Kap der Guten Hoffnung knüpfte die SED über den ANC (African National Congress) und die Kommunistische Partei Südafrikas. Die DDR betrachtete aber ihren Einsatz in Namibia 1989 nicht nur parteilich, UN-strategisch und wirtschaftlich, sondern ebenso regionalpolitisch – schließlich musste perspektivisch auch für Südafrika mit gesellschaftlichen Veränderungen gerechnet werden. So entsandte sie unter Leitung von Hans-Georg Schleicher eine diplomatische Beobachtermision für die UNTAG-Phase nach Windhuk, die spätere bilaterale Beziehungen zu einem unabhängigen Namibia und die Einrichtung einer Botschaft in Windhuk vorbereitete. Noch im März 1990 kamen diese diplomatischen Beziehungen und die Eröffnung der weltweit letzten Botschaft der DDR zustande. Die ablehnende Haltung Südafrikas zur DDR trat jedoch immer wieder zutage, auch wenn Schleicher erste Kontakte zu südafrikanischen Regierungskreisen ab Sommer 1989 anbahnen konnte. Die Einreise der diplomatischen Beobachtergruppe der DDR (und auch von DDR-Journalisten) nach Namibia im April 1989 verzögerte die südafrikanische Administration in Windhuk, und gegen die Beteiligung der DDR an der UNTAG mit Polizei- und Wahlbeobachtern intervenierten südafrikanische Vertreter bei den UN in New York massiv bis Ende August 1989.

Das widersprach dem Ansinnen des UN-Sonderbeauftragten Martti Ahtisaari, der stets um politische Balance in der UNTAG bemüht war. Somit wollte er beide deutsche Staaten – nicht zuletzt aufgrund der in Namibia wichtigen deutschen Sprache – in die UNTAG einbezogen wissen. Erst die hartnäckige persönliche Einflussnahme von UN-Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar in Gesprächen mit Südafrikas UN-Botschafter Jeremy Shearer und dem südafrikanischen Außenminister Roelof Frederik Botha beendete deren Blockadehaltung. Per Blitztelegramm aus New York erreichte die Nachricht das MfAA in Ost-Berlin. Außenminister Oskar Fischer unterrichtete unverzüglich Staatschef Erich Honecker, der sich im Sommer 1989 offiziell im Krankenstand befand. Die Entsendung von Polizei-beobachtern hatte er im Mai 1989 prinzipiell befürwortet, nun erteilte der Generalsekretär der SED Anfang September 1989 vom Krankenbett aus erneut seine Zustimmung. Auf dem Ost-Berliner Flughafen Schönefeld verabschiedete Bernhard Neugebauer, stellvertretender Außenminister der DDR, schließlich am 11. Oktober 1989 30 Polizei-beobachter der DDR nach Namibia, die aus den Ministerien für Nationale Verteidigung, für Staatssicherheit, dem MfAA und dem Ministerium

des Innern zusammengezogen und eilends in die Deutsche Volkspolizei aufgenommen worden waren. Sie ahnten nicht, dass ihre Heimat bei ihrer Rückkehr eine andere sein würde. Sieben Tage nach ihrer Abreise trat Erich Honecker als Generalsekretär der SED zurück.

Dienst unter extremen Bedingungen

In Namibia, wo Linksverkehr herrscht, hatten beide deutschen Kontingente zunächst eine Fahrprüfung zu absolvieren. Ende September 1989 waren bereits 13 Verkehrstote der UNTAG zu beklagen. Unebene Schotterpisten, umherlaufende Tiere in der Wildnis und vermintes Gelände an der Grenze zu Angola geboten höchste Vorsicht. Hinzu kamen extreme klimatische Bedingungen mit bis zu 40 Grad Celsius.

Instabile Strom- und Wasserversorgung, Wohnen auf engstem Raum, teilweise fehlende sanitäre Anlagen und eine eingeschränkte Versorgungslage beeinträchtigten das Leben und Arbeiten der Polizeibeobachter. Quartier fanden sie in Bungalows und Wohnwagen, in Schulen oder bei Farmern. Stationiert waren die 30 Personen der Polizeigruppe der DDR an sechs Stützpunkten, darunter in drei Orten, die im angolanischen Grenzgebiet lagen, wo bewaffnete Kämpfe zwischen SWAPO-Anhängern und südafrikanischen Milizen befürchtet werden mussten. Die BGS-Einheit mit 50 Personen verteilte sich ebenfalls im Norden Namibias auf acht Stützpunkte. In ihrer täglichen Arbeit hatten die deutschen UN-Vertreter die südafrikanische Polizei zu überwachen, Munition unschädlich zu machen, Wahlveranstaltungen zu beobachten, Einschüchterungen gegen die Bevölkerung zu melden und Patrouillenfahrten durchzuführen. Wichtig war der Umgang mit der örtlichen Bevölkerung, um der UNTAG Akzeptanz zu verschaffen, etwa in Gesprächen mit Oberhäuptern verschiedener Stammesgruppen oder durch Besuche bei Parteien, Schulen, Kirchen, Farmern oder Geschäftsleuten. Diese Arbeit konnte schnell gefährlich werden, weil die politischen Spannungen im Land immer wieder hervortraten. Extremisten griffen im August 1989 ein UNTAG-Büro mit Handgranaten an. Anhänger verfeindeter Parteien lieferten sich im September 1989 in Windhuk eine teils bewaffnete Straßenschlacht. Zwischen Mai und November 1989 wurden rund 200 Fälle von politischer Auseinandersetzung registriert, bei denen es vereinzelt Todesopfer gab, darunter der deutschstämmige SWAPO-Politiker Anton Lubowski.

Deutsche Einheit unter Kameldornbäumen

Unerwartet entschied die CIVPOL-Leitung, DDR-Vertreter nach Ombalantu zu verlegen, wo Teile des BGS bereits stationiert waren. Unter UN-Komman-

do griff die in der DDR für Angehörige der Deutschen Volkspolizei geltende Geheimhaltungsordnung, die den Kontakt zu Bürgern nichtsozialistischer Länder verbot, nicht mehr – es entwickelte sich ein gutes, kameradschaftliches Verhältnis zwischen den Vertretern aus DDR und Bundesrepublik, das auch die gemeinsame Freizeit einschloss und aus dem Freundschaften entstanden. Ombalantu war die einzige CIVPOL-Station, an der ost- und westdeutsche Polizeikräfte ihren Dienst in einer Einheit leisteten, zusammen mit Kollegen aus Kanada, Irland, Indien, Pakistan und Schweden. Aufmerksam auf die vorgezogene kleine deutsche Einheit in Namibia war die Allgemeine Zeitung geworden. Für sie war die deutsch-deutsche Kooperation »eine Einmaligkeit, die es weltweit nur in Owamboland gibt. (...) In Südwestafrika/Namibia geschieht, was in Deutschland keiner zu denken wagt, die UNO aber möglich macht (...)«. ¹²

Während der Wahlen in Namibia war in Berlin am 9. November 1989 die Mauer gefallen. Nachrichten darüber erreichten die Kontingente nicht immer ausreichend und rechtzeitig. Nicht überall bestand die Möglichkeit per Weltempfänger den südafrikanischen Rundfunk oder die Deutsche Welle zu verfolgen oder per Telefon oder Fernschreiber Informationen aus der Heimat zu erhalten. Aus der DDR erreichten das »Neue Deutschland« sowie die Nachrichtensendung »Aktuelle Kamera« Windhuk nur per Diplomatenpost und mit mehrwöchiger Verspätung. Zu zwei entlegenen BGS-Standorten gab es von Windhuk aus gar keine direkte Verbindung, so dass schriftliche Nachrichten aufwendig durch den Transport mit dem Auto ausgetauscht wurden.

Als sich Namibia im März 1990 seiner Unabhängigkeit näherte und das zwölfmonatige Mandat der UNTAG auslief, war auch die erste und einzige Zusammenarbeit von Bundesrepublik und DDR in einer UN-Mission beendet. Während der BGS am 6. April 1990 seine Heimreise antrat, beendeten die Polizeibeobachter der DDR ihre CIVPOL-Unterstützung bereits am 4. März 1990. Die Verhältnisse in ihrer Heimat hatten sich derart rasch geändert, dass die von ihnen in Namibia überwachten freien Wahlen nun am 18. März 1990 erstmals auch in der DDR durchgeführt wurden. Am 21. März 1990 fand die UNTAG-Mission der Vereinten Nationen mit der Unabhängigkeit Namibias ihren erfolgreichen Abschluss.

In ihrer täglichen Arbeit hatten die deutschen UN-Vertreter die südafrikanische Polizei zu überwachen, Munition unschädlich zu machen, Wahlveranstaltungen zu beobachten und Patrouillenfahrten durchzuführen.

Als sich Namibia im März 1990 seiner Unabhängigkeit näherte und das zwölfmonatige Mandat der UNTAG auslief, war auch die erste und einzige Zusammenarbeit von Bundesrepublik und DDR in einer UN-Mission beendet.

¹² Bundesarchiv (BArch)/DC 20/19930/36, Information Nr. 36/1989 der Abt. Information und Presse des MAH, Aufnahme von Handelsbeziehungen mit Firmen in Namibia, 20.2.1989.

¹³ Allgemeine Zeitung, Deutsch-deutsche Patrouille, VOPOs und BGS gemeinsam im Einsatz, 30.10.1989.